

Antrag der Fraktion DIE LINKE.**Arbeitsplätze bei Karstadt erhalten – Insolvenz verhindern!**

1000 Arbeitsplätze in Bremen und 200 Arbeitsplätze in Bremerhaven sind bei Karstadt durch die drohende Insolvenz des Mutterkonzerns Arcandor gefährdet. Bereits die Junigehälter der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind nicht mehr gesichert. Betroffen wären 132 Karstadtwarenhäuser und Sporthäuser, darunter auch die Häuser in Bremen und Bremerhaven.

Die Insolvenz bei Arcandor droht durch das Auslaufen eines Kredits über 650 Mio. € zum 12. Juni, den die Gläubigerbanken ohne zusätzliche Sicherheiten nicht mehr verlängern wollen. Arcandor hat deshalb beim „Wirtschaftsfonds Deutschland“, der mit dem zweiten Konjunkturprogramm der Bundesregierung eingerichtet wurde, eine Bürgschaft beantragt, damit der Kredit verlängert wird. Ohne die Kreditverlängerung droht Arcandor die Insolvenz. Ferner hat Arcandor neue Kredite in Höhe von 200 Mio. € bei der KfW beantragt, die den Wirtschaftsfonds verwaltet.

Die Insolvenz würde den Arbeitsmarkt im Land Bremen schwer treffen. Sie würde Arbeitsplätze vernichten, die tariflich bezahlt werden, und Beschäftigte, die mit ihrer Arbeit einen wichtigen Beitrag zur Attraktivität der Innenstadt leisten. Heute werden 7000 Beschäftigte bei einer Demonstration vor dem Bundeswirtschaftsministerium erwartet. 12 000 Kunden in Bremen haben mit ihrer Unterschrift den Erhalt der Warenhäuser gefordert. Jetzt ist die Politik gefragt. Der Bremer Senat muss sich dafür einsetzen, dass die Insolvenz bei Arcandor verhindert und die Arbeitsplätze erhalten werden.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen,

- a) dass Arcandor die geforderten Bürgschaften über 650 Mio. € erhält, entweder aus dem „Wirtschaftsfonds Deutschland“ oder durch eine andere Staatsbürgschaft, sowie die geforderten 200 Mio. €, die als Kredit bei der KfW beantragt werden sollen,
- b) dass die Arbeitsplätze der Karstadtmitarbeiterinnen und -mitarbeiter erhalten bleiben.

Walter Müller, Inga Nitz,
Monique Troedel und Fraktion DIE LINKE.